

EINE KAMPAGNE DER AWO IN SACHSEN-ANHALT

AWO fragt – Landesparteien antworten



Offene Jugendarbeit
Was sind wir euch WERT?

„Jugend braucht Orte, die jedoch durch die knappen Kassen in den Kommunen bedroht oder nicht vorhanden sind. Was unternimmt Ihre Partei, damit für alle Jugendlichen in Sachsen-Anhalt ein Jugendclub gut erreichbar ist? Wie sollen Land und Kommunen für die Finanzierung einstehen?“

LANDTAGSWAHL 6. JUNI 2021
EURE STIMME ZÄHLT

OFFENE JUGENDARBEIT
Wichtige Räume für die
Entwicklung junger Menschen

Frage 1



Jugendclubs: Jugend braucht Orte, die jedoch durch die knappen Kassen in den Kommunen bedroht oder nicht vorhanden sind: Was unternimmt Ihre Partei, damit für alle Jugendlichen in Sachsen- Anhalt ein Jugendclub gut erreichbar in der Nähe ist? Wie sollten aus Sicht Ihrer Partei Land und Kommunen für die Finanzierung einstehen?

Für die SPD Sachsen-Anhalt antwortete die Spitzenkandidatin Dr. Katja Pähle:

Die Kinder- und Jugendarbeit in den Kommunen hat in den letzten Jahren gelitten. Vielerorts fehlte es an Mitteln. Häufig konnten die Jugendclubs aber auch mit den Veränderungen im Freizeitverhalten von Kindern und Jugendlichen nicht mithalten und haben an Attraktivität gegenüber den sozialen Medien verloren. Ein neuer Impuls für die Kinder- und Jugendarbeit ist nötig. Wir brauchen attraktive Jugendclubs und Angebote der Kinder- und Jugendarbeit. Deshalb wollen wir ein Investitionsprogramm für Jugendclubs auflegen, mit dem Clubs modernisiert und mit digitalen Angeboten ausgestattet werden können. Dabei befürworten wir eine zusätzliche Etablierung von mobilen Jugendclubs.

Für die CDU Sachsen-Anhalt antwortete der Kandidat zur Landtagswahl Tobias Krull:

Die Kinder- und Jugendarbeit gehört zum Kreis der kommunalen Pflichtaufgaben. Als Land haben wir klar zu unserer Mitverantwortung bekannt und stellen entsprechende Fördermittel zur Verfügung. Die Erreichbarkeit eines Jugendclubs für alle Kinder- und Jugendlichen in unserem Flächenland ist aber eine sehr große Herausforderung. Diese kann nur bewältigt werden, wenn Kommunen und Land gemeinsam agieren. Bei der Vergabe der entsprechenden Fördermittel ist die Einführung eines Flächenfaktors zu diskutieren. Gleichzeitig wollen wir uns dafür einsetzen, dass trotz schwieriger Haushaltslage die Landesmittel stabil weitergezahlt werden.

Für Bündnis 90/Die Grünen antwortete der Landesvorsitzende Sebastian Striegel:

Wir wollen die Förderung der Jugendarbeit in Zukunft nicht mehr nur an der Anzahl der jungen Menschen in den Kommunen ausrichten. Vielmehr braucht es für die Verteilung der Gelder einen "Flächenfaktor". Ansonsten setzt sich der Trend weiter fort, dass die Flächenkreise aufgrund der sinkenden Einwohnerzahl immer weniger Fördergelder erhalten. Aber Jugendarbeit und Jugendclubs sind flächendeckend im Land zu gewährleisten, daher gilt es, die Gelder gerechter in die Fläche zu bringen.

Für die Partei DIE LINKE Sachsen-Anhalt antwortete der Landesvorsitzende Stephan Gebhardt:

DIE LINKE geht grundsätzlich davon aus, dass die örtliche Jugendhilfeplanung vor Ort als kommunale Pflichtaufgabe über die Jugendhilfeausschüsse und Jugendämter zuverlässig wahrgenommen wird und hier auch der Bedarf für die Arbeit mit Jugendlichen im Rahmen von Jugendclubs abgebildet wird. Veraltete und in Teilbereichen nicht fortgeschriebene Jugendhilfeplanungen waren jedoch lange Zeit ein großes Problem. Mit Verabschiedung des FamBeFöG LSA wurde das Vorhandensein einer aktuellen Jugendhilfeplanung eine Fördervoraussetzung.

DIE LINKE sieht eine strukturelle Unterfinanzierung der Kommunen im Umfang von bis zu 500 Mio. Euro, die wir durch eine grundlegende Reform des kommunalen Finanzausgleichs (FAG) abbauen wollen. Im Bereich des § 31 KJHG LSA will DIE LINKE kurzfristig eine Erhöhung des Landesanteils um mindestens 500.000 € erreichen. Um Nachteile des ländlichen Raumes ggü. den kreisfreien Städten auszugleichen, soll für die Verteilung der Mittel außerdem ein Flächenfaktor eingeführt werden.

Für die FDP Sachsen-Anhalt antwortete der Kandidat zur Landtagswahl Konstantin Pott:

Die Kommunen müssen finanziell besser ausgestattet werden. Mehr Geld muss vor Ort bleiben, denn dort kann am besten entschieden werden, wo es gebraucht wird. Außerdem wird Geldverschwendung durch enorme bürokratische Hürden verhindert. Jugendarbeit muss ganzheitlich gedacht werden. Land und Kommunen müssen zusammenarbeiten um qualitativ hochwertige Projekte und Anlaufstellen vor Ort zu erhalten, zu finanzieren und neu zu schaffen.

Frage 2

ÖPNV: Wie wird Ihre Partei in Zukunft die Mobilität von Jugendlichen auch im ländlichen Raum konkret unterstützen?



Für die SPD Sachsen-Anhalt antwortete die Spitzenkandidatin Dr. Katja Pähle:

*Die SPD-Fraktion hat das Azubi-Ticket durchgesetzt. Um Mobilität zu gewährleisten, brauchen wir ein Förderprogramm für flächendeckenden ÖPNV im ländlichen Raum, ein Landesprogramm für direkten Schüler*innenverkehr und einen kostenlosen Schüler*innenverkehr auch für die Sekundarstufe II sowie Modellprojekte für ein 365-Euro-Ticket im städtischen und ländlichen Raum mit verschiedenen Ratenzahlungsoptionen. Wir setzen uns für bessere Anbindungen im Fernverkehrsangebot auf der Schiene ein.*

Für die CDU Sachsen-Anhalt antwortete der Kandidat zur Landtagswahl Tobias Krull:

Der öffentliche Personennahverkehr ist für viele Kinder und Jugendliche existenziell. Nicht nur was die Erreichbarkeit von Bildungseinrichtungen betrifft, sondern auch gerade um Freizeitangebote nutzen zu können. Wir setzen uns dafür ein, dass der ÖPNV qualitativ und in der Attraktivität gestärkt wird. Mit einem verlässlichen „Sachsen-Anhalt-Takt“ wollen wir eine bessere Vernetzung von Bus und Bahn erreichen. Wir setzen uns für den Ausbau weiterer Verkehrsverbünde ein. Der ländliche Raum muss regelmäßig durch Bus und Bahn bedient werden. Wir wollen die Anbindung des ländlichen Raumes sichern und bedarfsgerecht ausbauen. Dazu unterstützen wir die Verkehrsträger auch beim Aufbau einer Infrastruktur für einen weitgehend CO₂-neutralen ÖPNV. Da wo der ÖPNV nicht angeboten werden kann sind ergänzende Angebote, wie Bürgerbusse, aufzubauen.

Für Bündnis 90/Die Grünen antwortete der Landesvorsitzende Sebastian Striegel:

Wir wollen ein landesweites Kinder- und Jugendticket einführen, damit die junge Generation grenzenlos mobil ist und insb. auch deren soziale Teilhabe gesichert ist. Im Bereich Radverkehr wollen wir die Gelder verdoppeln, sodass dann min. 15 Mio. für den Radwegebau zur Verfügung stehen. Mehr Radwege bedeutet mehr Mobilität, gerade auch jüngere Menschen auf dem Land, die kein Auto haben oder keines haben wollen.

Für die Partei DIE LINKE Sachsen-Anhalt antwortete der Landesvorsitzende Stephan Gebhardt:

Die Sicherstellung eines bedarfsgerechten, kostengünstigen und barrierefreien öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) in allen Landesteilen hat für DIE LINKE oberste Priorität in der Verkehrspolitik. Mobilsein ohne Auto ist unser Ziel. In ländlichen Regionen existiert der ÖPNV kaum über den Schülerverkehr hinaus. Konkret setzen wir uns dafür ein, jede Gemeinde bedarfsgerecht an den öffentlichen Nahverkehr anzuschließen. Der Bedarf bemisst sich dabei und insbesondere im ländlichen Raum nicht allein an Fahrgastzahlen, sondern an der Bedeutung des Verkehrsträgers für die gesamte Region. Mit hohen Qualitätsstandards wollen wir ÖPNV, Fußgänger- und Radverkehr gegenüber dem motorisierten Individualverkehr aufwerten.

*Der ÖPNV muss langfristig zu einer überzeugenden Alternative zum mobilisierten Individualverkehr entwickelt werden. Voraussetzungen sind hohe Qualitätsstandards, ein systematischer Ausbau und letztlich die Entgeltfreiheit für alle Nutzer*innen. Ein erster wichtiger Schritt ist ein kostenloses Azubi-Ticket für Schüler*innen, Praktikant*innen, FSJler*innen, „Bufdis“, Auszubildende und Student*innen.*

Für die FDP Sachsen-Anhalt antwortete der Kandidat zur Landtagswahl Konstantin Pott:

Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass jeder Mensch in 30 Minuten in der nächsten Stadt ist. Dafür muss der ÖPNV nach Fahrplan und nach Bedarf fahren, es muss also mehr Flexibilität geschaffen werden. Das Land soll zusätzlich bei der Entwicklung verkehrsmittelübergreifender Mobilitäts-Apps unterstützen, um eine bessere Mobilität sicherzustellen.

Frage 3

**Digitalisierung: Digitalisierung ist das Handwerkszeug für die Zukunft junger Menschen.
Wie wird Ihre Partei sich konkret für die Verbesserung der Ausstattung junger Menschen sowie für den Ausbau des Breitbands einsetzen?**



Für die SPD Sachsen-Anhalt antwortete die Spitzenkandidatin Dr. Katja Pähle:

*Die SPD setzt sich für den flächendeckenden Breitbandausbau im Land ein. Für uns ist die Verfügbarkeit von schnellem Internet auch im ländlichen Raum eine Frage der Teilhabe. Beim Infrastrukturausbau hat Sachsen-Anhalt in der letzten Legislaturperiode das Tempo deutlich beschleunigt, aber es gibt noch viel zu tun. Waren vor einigen Jahren noch 50 Mbit-Anschlüsse ausreichend, steigen jetzt längst die Ansprüche von Unternehmen, Hochschulen und Schulen, aber auch von Privatpersonen. Wir wollen Sachsen-Anhalt schnell und flächendeckend in das Gigabit-Zeitalter führen. Gute Bildung funktioniert bei digitalem bzw. Distanzunterricht nur, wenn alle Schüler*innen über ein eigenes Endgerät verfügen. Wir setzen uns dafür ein, dass jedem Kind und jedem Jugendlichen, der sich kein eigenes Endgerät leisten können, eines zur Verfügung gestellt wird.*

Für die CDU Sachsen-Anhalt antwortete der Kandidat zur Landtagswahl Tobias Krull:

Vor allem für Heranwachsende spielt das Thema Digitalisierung eine Schlüsselrolle für deren berufliche Zukunft. Deshalb hat die CDU-Fraktion bereits vor der Pandemie das Projekt "Schulen ans Netz" initiiert, um allen Schülerinnen und Schülern den Zugang zum Internet in den Schulen zu ermöglichen und um entsprechend unter Einsatz von elektronischen Geräten beschult zu werden. Derzeit sind bereits 219 Schulen online. Am Jahresende werde 600 bis 660 von insgesamt 1010 Schulen online sein. Das Ministerium der Finanzen wird seiner Aufgabe gerecht und bringt das Projekt gut voran.

Für Bündnis 90/Die Grünen antwortete der Landesvorsitzende Sebastian Striegel:

*Wir fordern eine landesweite Breitbandgarantie auf Glasfaserbasis. Spätestens 2030 sollen alle Haushalte, Schulen, Firmen und Verwaltungen in Sachsen-Anhalt mit Glasfaseranschlüssen bis ins Haus (Fiber-to-the-Home, FTTH) mit Geschwindigkeiten von mindestens 1-Gigabit (1 000 Mbit/s) im Up- und Downstream versorgt sein. Spätestens 2025 muss ein signifikanter Zwischenausbau auch in den ländlichen Räumen erreicht worden sein. Der kompetente Einsatz und Ausbau von digitalen Techniken (E-Learning) muss angesichts der Erfahrungen in der Corona-Pandemie forciert und flächendeckend vorgebracht werden. Daneben soll auch der didaktisch sinnvolle Einsatz dieser Lehrmittel durch umfangreiche Fortbildung und Beratung sowie entsprechende Schulungen in der Lehramtsausbildung sichergestellt werden. Der Zugang der Schüler*innen zum digitalen Lernen darf nicht mehr von den Möglichkeiten, die die Eltern bieten können, abhängig sein. Weiterhin wollen wir den Ausbau der Medienscout-Ausbildung von Kindern und Jugendlichen, die dann ihre Mitschüler*innen bei der qualifizierten Mediennutzung unterstützen, fördern.*

Für die Partei DIE LINKE Sachsen-Anhalt antwortete der Landesvorsitzende Stephan Gebhardt:

*Nicht zuletzt die Corona-Pandemie hat gezeigt, wie wichtig digitale Kompetenzen und die digitale Teilhabe für alle Bürger*innen ist. Deshalb setzt sich DIE LINKE für eine digitale Grundsicherung ein. Alle Schüler*innen müssen über ein digitales Endgerät, Drucker und einen schnellen Internetanschluss verfügen (auch Leihgeräte sind möglich). Die Versorgung mit leistungsfähigem Internet geht nur über flächendeckende Glasfaseranschlüsse. Um den Ausbau deutlich zu beschleunigen, muss die Verantwortung für die Koordinierung im Land in einem Ministerium gebündelt und die Planung und Umsetzung der Maßnahmen in enger Kooperation mit den Kommunen erfolgen. Vor allem im ländlichen Raum müssen dabei regionale Initiativen wie z.B. der Zweckverband Altmark mehr einbezogen und stärker gefördert werden.*

Für die FDP Sachsen-Anhalt antwortete der Kandidat zur Landtagswahl Konstantin Pott:

Für einen schnellen Breitbandausbau muss das Land den 10-prozentigen Eigenanteil für finanzschwache Kommunen übernehmen. Auch müssen Genehmigungen schneller ausgestellt werden. Damit sorgen wir für einen flächendeckenden Breitbandausbau und auch eine bessere Versorgung auf dem Land.